

Stand: 06.05.2026 11:02:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1970

"Runden Tisch Ganztagschulen einberufen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1970 vom 15.05.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/3116 des BI vom 03.07.2014
3. Beschluss des Plenums 17/3483 vom 15.10.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 15.10.2014



Antrag

der Abgeordneten **Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner SPD**

Runden Tisch Ganztagschulen einberufen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der Forderung des Präsidenten des Bayerischen Städtetags, Dr. Ulrich Maly nachzukommen und einen Runden Tisch zum Thema „Ganztagschulen“ einzuberufen.

Begründung:

Der gesellschaftliche Wandel, ein geändertes Familienbild, zunehmende Berufstätigkeit beider Elternteile und eine höhere Zahl an Alleinerziehenden erfordern eine Anpassung des Schulwesens. Dies gilt etwa für die Betreuung von Schülern während 13 Wochen Schulferienzeiten oder die Betreuung am Nachmittag – also in den Randzeiten, wenn die Eltern noch am Arbeitsplatz sind. Derzeit ist der Dschungel der Ganztagsbetreuung unübersichtlich – vielfältige und in ihrer pädagogischen Qualität höchst unterschiedliche Betreuungsmöglichkeiten und Fördersysteme laufen nebeneinander. Das Durcheinander mit einem Dutzend unterschiedlicher Angebote in Schulen und Horten muss harmonisiert und sinnvoll gegliedert werden. Es gibt etwa Horte, Tagespflege, Großtagespflege, Halbtagsgrundschule mit Morgenbetreuung, Halbtagsgrundschule mit Mittagsbetreuung, offene Ganztagschule und gebundene Ganztagsklassen (also eine wirkliche Ganztagschule). Anknüpfend an den Bildungsgipfel 2009 von Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden ist es nach fünf Jahren an der Zeit, dass sich alle Beteiligten wieder an einen Tisch setzen, um die Umsetzung der Ganztagsgarantie des Ministerpräsidenten auch voranzubringen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD**
Drs. 17/1970

Runden Tisch Ganztagschulen einberufen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatte(r)in: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatte(r)in: **Dr. Ute Eiling-Hütig**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 3. Juli 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: kein Votum
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmarr Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner SPD**

Drs. 17/1970, 17/3116

Runden Tisch Ganztagschulen einberufen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Günther Felbinger

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Thomas Gehring

Staatssekretär Georg Eisenreich

Abg. Martin Güll

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

Runden Tisch Ganztagsschulen einberufen (Drs. 17/1970)

Ich eröffne die Aussprache. Fünf Minuten sind pro Fraktion vereinbart worden. Wer beginnt bitte? – Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir nach dieser schwierigen Abstimmung wieder alle hellwach sind, freue ich mich sehr darauf, mit Ihnen über das Thema Ganztagschule diskutieren zu können. Wir wollen Ihre Zustimmung dazu, dass wir endlich die Forderungen des Städtetagspräsidenten Ulrich Maly erfüllen und erneut einen Ganztagsgipfel einberufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war gestern mit einigen meiner Kollegen in Nürnberg, wo wir zu einer Konferenz "Guter Ganztag" - -

(Unruhe)

Ich beginne noch einmal, es war ein bisschen laut.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie haben recht.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich war gestern mit einigen meiner Kollegen in Nürnberg, wo wir zu der Konferenz "Guter Ganztag" eingeladen hatten. Ich möchte Ihnen ganz einfach die Situation der Ganztagsangebote in der Stadt Nürnberg nahebringen. Die Stadt Nürnberg hat eine Umfrage bei den Eltern von Grundschulkindern gemacht. 80 % der Eltern von Grundschulkindern wünschen sich in der Stadt Nürnberg am Nachmittag eine Betreuung für ihre Kinder. Für circa 40 % kann die Stadt Nürnberg bereits jetzt Hortplätze anbieten. Für etwas mehr als 10 % stehen offene Ganztagsplätze zur Verfügung. Für nicht einmal 2 % stehen gebundene Ganztagsplätze zur

Verfügung. Die Stadt Nürnberg muss also für mehr als 25 % der Kinder in der nächsten Zeit Ganztagsangebote schaffen. Mit dieser Mammutaufgabe dürfen wir die Kommunen nicht alleine lassen. Hier steht der Freistaat Bayern in der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat für das Jahr 2018 die Ganztagsgarantie abgegeben. Ich frage Sie also: Wie soll der Ausbau von Ganztagsangeboten erfolgen? Wo ist denn Ihr Ausbauplan? Wie soll die Ganztagsgarantie erfüllt werden? Welche Qualität sollen die Angebote haben? Wer soll vor allem die Zeche zahlen? Wer zahlt für den Ausbau der Gebäude? Wer zahlt für das Personal?

Unlängst war ich auf einer Veranstaltung von Professor Rauschenbach vom Deutschen Jugendinstitut, der ganz trocken festgestellt hat: "Der Ausbau der Ganztagsangebote erfolgt ziel- und konzeptionslos." Ich muss ihm recht geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, dass wir uns dieses Themas intensiv annehmen. Die Gesellschaft wandelt sich. Kinder, die heute in die Ganztagskrippe gehen, gehen morgen in einen Ganztagskindergarten und übermorgen in die Schule, und dann wollen sie eine Ganztagschule. Deswegen ist es jetzt höchste Zeit, dass wir die Akteure für die Ganztagsbetreuung, das Kultusministerium, das Sozialministerium und die Kommunen, an einem Tisch zusammenbringen und dass gemeinsam darüber verhandelt wird, wie der Ausbau der Ganztagsangebote in Bayern weitergehen soll.

Was passiert bei uns in Bayern? - Es gibt einen Betreuungsdschungel. Es gibt eine Mittagsbetreuung, eine verlängerte Mittagsbetreuung, Horte, offene Ganztagsangebote und gebundene Ganztagsangebote. Manche Angebote sind gut, andere nicht. Einige arbeiten mit Lehrern, andere mit Erziehern. Andere Angebote kommen nahezu ganz ohne Fachpersonal aus. Da wird jeder Student und jede 400-Euro-Kraft händelnd genommen. Wir waren gestern mit Eltern, Lehrern und Trägern sowie Kommunalpolitikern beisammen gesessen. Die Unzufriedenheit in diesem Bereich ist riesig.

Hier wurden für alle Ganztagsangebote einheitliche Qualitätsstandards und darüber hinaus eine Ferien- und Randzeitbetreuung gefordert.

Die Schulbauverordnung, ein Riesenthema, muss endlich reformiert und modernisiert werden. Am allerwichtigsten ist, dass die Finanzierung von guten Ganztageseinrichtungen möglich sein muss. Das Thema Ganztage ist eine Riesenreform. Ganztage bedeutet mehr Verantwortung des Staates für Kinder, die ganztags in Einrichtungen gebildet, erzogen und betreut werden. Ich bitte Sie, lassen Sie uns diese Verantwortung annehmen und ernst nehmen, damit die Ganztagegarantie endlich umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Brendel-Fischer.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die eben gestellte Forderung nach einem Bildungs- bzw. Ganztagegipfel, wie er zuletzt 2009 stattfand, ist längst überholt.

Liebe Frau Strohmayr, seit Monaten steht fest, dass es noch im Herbst dieses Jahres einen Kommunalgipfel geben wird, der mit den wichtigen Kooperationspartnern, nämlich mit den kommunalen Spitzenverbänden – nicht nur mit dem Städtetag, sondern mit allen, die wir im Boot haben, etwa dem Landkreistag und dem Gemeindetag – stattfinden wird. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Sie dürfen sich auch darauf verlassen, dass die Staatsregierung dort engagiert konstruktive Vereinbarungen treffen wird, und zwar gemeinsam mit den Spitzenverbänden.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vor knapp einem Jahr standen in einer logischen Konsequenz zu unserem Wahlprogramm, dem Bayernplan. Unsere Fraktion hat nicht erst auf einen Fingerzeig von außen gewartet, sondern wir haben uns rasch auf den Weg gemacht und die Projektgruppe "Ganztage" eingerichtet, die von der Kollegin Schreyer-Stäblein und mir geleitet wird. Wir haben

nicht nur ein Gespräch geführt und an einem Runden Tisch zusammengesessen, sondern uns in zahlreichen Kontaktgesprächen informiert. Wir haben uns mit Kommunen, Schülern, Lehrkräften, Eltern, kooperierenden Verbänden und Institutionen über den schulischen Ganzttag unterhalten und ausgetauscht.

(Beifall bei der CSU)

Dabei war es uns wichtig, in erster Linie nicht nur mit Funktionärsspitzen von Verbänden zu reden, sondern uns gleichermaßen über die Einschätzung von praxiserfahrenen Mitgliedern der gesamten Schulfamilie zu unterhalten. Zusammenkünfte an Runden Tischen, wie Sie sie fordern, halten wir also zuhauf. Der Prozess der Informationsgewinnung wurde von uns – auch kritisch – längst durchlaufen.

Seit Beginn dieses Jahres haben wir uns in zahlreichen Gesprächsrunden mit Akteuren vor Ort über Stärken und auch über Optimierungsansätze von ganztägigen Angeboten ausgetauscht. Dabei konnten wir im Rahmen von Schulbesuchen vor Ort die unterschiedlichsten Ganztagesvarianten kennenlernen. Wir sind mit sehr kreativen Umsetzungsbeispielen konfrontiert worden; denn vor Ort an der Basis herrschen oft mehr Kreativität und Einfallsreichtum vor als vielleicht in mancher Amtsstube. Auch das muss immer bedacht werden.

Für uns steht eines fest: Wir wollen vor allem das, was der Großteil der Elternschaft wünscht, nämlich ein hohes Maß an Flexibilität gewährleisten. Das ist nicht unbedingt mit einer starren Präsenzpflcht an mindestens drei Nachmittagen vereinbar; denn viele Eltern wollen den gebundenen Ganzttag nicht, der mit verpflichtendem Unterricht einhergeht, sondern erwarten ein sehr kooperatives Miteinander von Schule, Hort und geeigneten Bildungspartnern, auf einen ganzheitlichen Kompetenzerwerb setzend.

Wir sind der Meinung: Es müssen nicht unbedingt Lehrkräfte sein, die den Ganzttag so ausgestalten, dass er einen Bildungsgehalt besitzt. Deshalb haben wir der Staatsregierung die Einführung der offenen Ganzttagsschule auch für den Grundschulbereich bzw. für die Grundstufe an Förderschulen vorgeschlagen. Wir setzen auf eine enge

Zusammenarbeit mit unseren Horten. Wir möchten nicht, dass unsere Horten, die mit hervorragendem Personal ausgestattet sind, einem überzogenen Ganztagsausbau geopfert werden.

Natürlich soll an unseren bayerischen Schulen der gebundene Ganzttag weiterhin seinen Platz haben. Das steht außer Frage. Das werden wir weiterentwickeln. Der gebundene Ganzttag ist aber nicht unbedingt erste Wahl. Es müssen die Schulfamilie vor Ort und die Kommunen entscheiden, welche Variante ihnen am ehesten zusagt.

Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen der Opposition noch den Vergleich mit anderen Bundesländern nahebringen, der immer wieder angestellt wird. Wer die Statistiken der KMK kritisch beleuchtet, findet keinerlei differenzierte Betrachtungen, ob es sich um eine gebundene, um eine offene oder um eine Kooperationsform mit Hort handelt. Das hat letzte Woche auch Professor Rauschenbach klar signalisiert. Es besteht ein Unterschied, ob die Angebotspalette wirklich auf die Nachfrage und die Inanspruchnahme abzielt. In Bayern können sich Eltern darauf verlassen, dass wir im Zusammenwirken mit unseren Kommunen die Rahmenbedingungen für eine stressfreie Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen werden. Sie können sich auch darauf verlassen, dass wir die Kultur des Aufwachsens positiv begleiten wollen. Auch die Wirtschaft setzt Impulse und möchte sich hier stärker einbringen, indem die Arbeitsbedingungen in Zukunft familienfreundlicher gestaltet werden sollen. Es ist wichtig, hier noch engagierter voranzugehen.

Wir sagen immer: Bayern ist bunt. Deshalb zeichnen sich der Ganzttag, der Schulbetrieb und die Bildungslandschaft durch eine anspruchsvolle Vielfalt aus. Wir wollen also den Schulen und Kommunen auf diesem Gebiet kein streng vorgegebenes Patentrezept überstülpen, sondern Wahlfreiheit bei allen schulischen Angeboten ermöglichen, und zwar verlässlich und mit hoher Qualität.

Die Halbtagsangebote – ich betone: auch die Halbtagsangebote – und der Ganztags sollen selbstverständlicher Bestandteil unserer Bildungslandschaft sein, und zwar in allen Schularten.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er überholt ist. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und sehen in Bayern der Ganztagsentwicklung sehr positiv entgegen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Herr Kollege Felbinger, bitte.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag gelesen habe, ging es mir fast ähnlich wie der Kollegin Brendel-Fischer, nämlich, dass ich den Antrag zunächst eigentlich für überholt gehalten habe; denn vom Ministerpräsidenten wurde zum Thema Ganztags ein Runder Tisch angekündigt. Ich glaube aber, dass es der SPD darum gegangen ist, diesen Versprechungen der Regierungspartei, die nicht erfüllt werden, nicht zu erliegen. Die SPD wollte hierdurch wohl bekräftigen, dass wir an diesem Thema ernsthaft dranbleiben müssen und diesen Runden Tisch benötigen.

Dieser Runde Tisch zum Thema Ganztags ist dringend überfällig; denn es ist nun fünf Jahre her, dass die betreffenden Gremien, die kommunalen Spitzenverbände und Ministerien, zum letzten Mal gemeinsam an einem Tisch gesessen sind. Rückblickend betrachtet, muss man zu dem, was seither passiert ist, sagen: Die Staatsregierung ist nur schneckenhaft vorangekommen. Wenn man die finanzielle Unterstützung der Kommunen in Höhe von 5.000 Euro wegnimmt, wären wir noch viel langsamer unterwegs. Dem Ministerpräsidenten hat es – im Gegensatz zu Minister Spaenle und seinem Blockiererministerium – wahrscheinlich zumindest gedämmert, dass hier etwas zu tun ist; denn die aktuellen Zahlen der KMK sind sehr eindeutig.

Frau Kollegin Brendel-Fischer, Sie sagen, da gäbe es keine klaren Kriterien. Natürlich gibt es da klare Kriterien; denn wenn man feststellt, wie viele Schüler insgesamt im

Ganztagsbereich beschult werden, sieht man, dass Bayern ziemlich weit hinten liegt, nämlich mit 45 % im unteren Mittelfeld der Länder. Man muss einmal deutlich sagen, dass Bayern mit 12,4 % tatsächlicher Ganztagsangebote aller Schulen auf dem allerletzten Platz liegt, also die rote Laterne ist. Die Zahlen, die Sie da immer hineininterpretieren, sind eigentlich geschönte statistische Daten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Es ist schon erwähnt worden, dass der Ministerpräsident seine allseits bekannte Ganztagsgarantie abgegeben hat: Bis 2018 soll jeder Schüler bis 14 Jahre ein Ganztagsangebot wahrnehmen können. Ich glaube, wir sind da mittlerweile gebrannte Kinder und wissen, dass das eine sehr schwammige Garantie ist. Weil Sie vorhin gesagt haben, Frau Kollegin Brendel-Fischer, Kreativität sei erforderlich, muss ich sagen: In der Tat, Kreativität ist erforderlich, um im bayerischen Schulsystem überhaupt überleben zu können. Sie wollen keine Patentrezepte vorgeben. Sie haben nicht einmal ein Konzept vorgegeben.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es!)

Insofern ist hier Not am Mann, und es ist dringend notwendig, dass etwas passiert, dass in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden endlich ein Ausbauplan vorgelegt wird, damit die Kommunen am Ende nicht wieder die Verlierer sind und zahlen müssen für das, wofür eigentlich der Staat verantwortlich ist.

Es muss endlich klar werden: Welche Ziele haben wir, in welchen Zeiträumen soll was erreicht werden? Wir FREIEN WÄHLER sind für klare Ziele. Es geht uns nämlich nicht allein um die Betreuung. Sie haben jetzt wieder gesagt, dass Sie ein wunderbares Konzept in diesem Ganztagsdschungel entwickelt haben. Das ist noch undurchsichtiger. Wir möchten Qualität. Der pädagogische Mehrwert der Ganztagschule ist für uns das Entscheidende. Deswegen setzen wir auf ein bedarfsgerechtes Angebot mit hoher Qualität an echter Ganztagschule. Das steht für uns in der Tat an erster Position. Wenn das bei Ihnen nicht an erster Position steht, ist das tragisch genug.

Sie haben gerade dargelegt, Sie legen gar keinen Wert auf Qualität, wenn es irgendeiner macht, dann ist es für Sie auch gut. Wir möchten Qualität, wir möchten pädagogischen Mehrwert und nicht irgendeine Wischiwaschi-Betreuung, die irgendwie dem Ganzen ein Mäntelchen umlegt.

Sie haben kürzlich bei einem BLLV-Kongress zum Thema Ganztagschule gesagt, Frau Brendel-Fischer – ich zitiere –:

Es wird beim Ganztagsausbau keine zusätzliche Lehrerwochenstunde benötigt, da die demographische Rendite im System verbleibt. Wünschenswert wäre es aber, dass es einen Bonus für Schulen geben soll, um sich optimal bei der Organisation des Ganztags abzustimmen.

In diesem Fall haben Sie tatsächlich recht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das ist nicht nur wünschenswert, sondern es ist notwendig. Deswegen: Tun Sie etwas dafür, dass dieser Bonus eingeführt wird, dass die Ganztagschule in Bayern endlich salonfähig wird!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Bitte schön, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Werter Kollege, ich hätte die Frage, ob Sie die Beschlüsse der Fraktion gelesen haben. Die CSU-Fraktion hat einstimmige Beschlüsse zum Bereich Grundschule und zum Bereich Förderschule/Inklusion gefasst. Dort werden Sie das Wort "Qualität" relativ zügig finden. Deswegen wundert es mich, dass Sie das aus dem Beitrag der Kollegin Brendel-Fischer nicht heraushören konnten; denn sie hat sehr deutlich formuliert, dass sie Qualität auf verschiedene Weise definiert. Sie hat nicht gesagt, dass es wurscht sei, wer dort ist, sondern sie hat lediglich gesagt, Qualität können verschiedenste Personen bieten, nicht ausschließlich Lehrkräfte. Ich glaube, wir können unseren Kindern durchaus verschiedene Persönlichkeiten mit ver-

schiedenen Fachrichtungen anbieten. Das heißt noch lange nicht, dass es wurscht ist, wer das macht.

Haben Sie unsere Papiere gelesen, und haben Sie das Wort "Qualität" darin entdecken können, ja oder nein?

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Ich habe mich eindeutig auf das bezogen, was Frau Kollegin Brendel-Fischer vorhin dargelegt hat. Ich höre momentan auf dem rechten Ohr etwas schlecht. Da habe ich das Wort "Qualität" nur sehr leise vernommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann ist der Ohrenarzt eine gute Empfehlung!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Gehring das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einem Jahr hat der Ministerpräsident hier eine Ganztagsgarantie ausgesprochen. Ich muss sagen: Es ist bis zum heutigen Tag eine unkonkrete und unseriöse Ganztagsgarantie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich gehe davon aus, dass wir, wenn wir über Ganztage und Garantien reden, dann natürlich auch von einer Qualitätsgarantie reden. Wir reden auch von einer Finanzierungsgarantie und von einer Umsetzungsgarantie. Weder im Hinblick auf Qualität noch auf Finanzierung noch auf Umsetzung habe ich bisher etwas vernommen, auch nicht in der Rede von Kollegin Brendel-Fischer. Das Wort "Qualität" bürgt allein noch nicht für Qualität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es diesen Ganztagegipfel geben wird, ist meines Erachtens der Antrag der SPD noch nicht obsolet, sondern es geht darum: Wie gehen wir, wie geht das Land, und wie gehen wir als Parlament, als Haushälter, die

letztendlich den Haushalt zu verantworten haben, in diese Gespräche? Gibt es eine Vorstellung, wie das ausschauen soll? Oder geht man da hinein und schaut, ob was läuft und ob man vielleicht mit den anderen einen Deal hinbringt? Das kann es nicht sein.

Vielleicht zur Erinnerung: Wir hatten 2009 einen sogenannten Ganztagsgipfel zwischen Freistaat und Kommunen. 2009 – das ist noch nicht so lange her, da war ich schon im Bayerischen Landtag – ist das Land zum ersten Mal überhaupt in das Thema Ganztage eingestiegen. Bis dahin haben die Kommunen die Aufgabe und die Last allein getragen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Die tragen auch heute noch 80 % der Kosten!)

Damals hat das Land zum ersten Mal gesagt: Okay, da tragen auch wir Verantwortung. Man hat damals einen Kompromiss geschlossen. Jetzt, einige Jahre später, haben wir die Ganztagsgarantie. Das Land ist jetzt gefordert, diese Verantwortung zu übernehmen und die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen, um die Ganztagsgarantie des Ministerpräsidenten tatsächlich und auch in der Finanzierung zu erfüllen. Wir würden gerne hören, über welche Summen wir reden und welche Vorstellungen Sie haben. Von den Bildungspolitikern der CSU hört man nie Zahlen, sondern vielleicht schöne Worte. Letztendlich machen es aber die Zahlen aus.

Die Ganztagsgarantie des Ministerpräsidenten ist höchst unkonkret,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wenn er sagt: eine Garantie für alle Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht bis 14 Jahre. Als Bildungspolitiker fragt man sich zum einen: Was heißt "14 Jahre"? Wir denken da eigentlich an Klassen. Meint er die Achtklässler oder die jüngeren Neunklässler oder wie auch immer? Das ist vollkommen unkonkret und noch nie aufgelöst worden. Das Zweite: Was heißt "bedarfsgerecht"? Wir haben einmal eine Marke für "bedarfsgerecht" angenommen, wie man es beim Kita-Ausbau hatte. Da hat man mal

gesagt, 30 % könnten bedarfsgerecht sein. Das war zwar zu wenig, aber eine Marke. Wenn wir von 30 % Ausbau des Ganztags reden – wir haben momentan etwa 10 % –, dann reden wir über eine Summe von etwa 270 Millionen Euro, die dafür aufzuwenden wäre, also etwa 4.500 Lehrerstellen. Das sind die jetzigen Parameter. Ich habe von Ihnen noch keine Zahl gesehen; ich sehe auch im Haushalt nichts, wie da irgendwas finanziert oder erreicht werden soll. Wenn wir von einer höheren Quote ausgehen, dann liegen wir dementsprechend höher. Quoten, Zahlen, Pläne, Finanzierungsvorschläge – das würde uns allen helfen, diese "Qualitätsgarantie" etwas ernster zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Kreativität vor Ort. Oft ist es aber so: Not macht kreativ. Wir haben unterschiedliche Modelle. Das Ärgerliche ist: Wir haben ein Finanzierungswirrwarr, ein Zuständigkeitswirrwarr und ein Verantwortungswirrwarr mit den unterschiedlichen Modellen der Ganztagsfinanzierung, und dieser Wirrwarr dient dem Land dazu, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir erwarten deswegen von diesem Ganztagsgipfel eine klare Ansage vonseiten des Landes zur Zuständigkeit, zur Übernahme von Verantwortung für die Ganztagschulfinanzierung, ganz egal, ob es offene oder gebundene Angebote sind; denn die Ganztagschule ist Landesaufgabe und nicht kommunale Aufgabe. Dieses Versprechen, dass man zuständig ist und seine Verantwortung endlich ernst nehmen will, habe ich noch nicht gehört. Wenn der Ganztagsgipfel in ein paar Wochen sein wird, dann wird es langsam Zeit, dass diese Erklärung kommt, auch als Signal gegenüber den Leuten, mit denen man verhandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Sorge ist, dass wir hier wieder einen Gipfel erleben werden wie schon viele, wo man schöne Worte hört, wo man eine schöne Überschrift hat; aber die Probleme werden nicht gelöst, und das Land wird sich seiner Verantwortung wieder nicht stellen.

Dann, muss ich sagen, bleibt Bayern weiterhin auf dem letzten Platz beim Ausbau des Ganztags, und es wird weiterhin eine unseriöse Bildungspolitik betrieben. Die hat dieses Land eigentlich nicht verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatssekretär Eisenreich das Wort erteilen. - Meine Damen und Herren, ich bitte, die Gespräche am Rande des Saales einzustellen. – Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es jetzt ganz schnell machen.

(Zurufe von der CSU: Ja bitte!)

Meine Damen und Herren, Sie können ja nach meinem nächsten Satz entscheiden, ob ich weiterreden soll oder nicht. Das Anliegen ist völlig berechtigt, aber Sie wissen doch, dass der Kommunalgipfel nicht nur angekündigt ist, sondern der Termin bereits feststeht. Es ist der 6. November. Das sind nur noch wenige Wochen. Genau bei diesem Treffen wird dann zwischen Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden die Fortsetzung, sozusagen ein Update von 2009 verhandelt. Wir sind gerade dabei, nach langen Vorarbeiten die letzten Feinheiten unseres Vorschlages zusammenzufassen und den kommunalen Spitzenverbänden zuzuleiten.

Es geht um Zuständigkeiten, um Konzepte, um die Finanzierung und den Zeitplan. Ich denke, wir machen da ein wirklich gutes Angebot, das das Thema Ganztage in Bayern weiter voranbringt; denn dieses Thema ist uns genauso wichtig wie allen Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Hause. Wenn Ihnen das genügt, höre ich jetzt auf. Ansonsten könnte ich unsere Ganztagephilosophie noch im Detail darlegen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Es reicht!)

Ich glaube, es ist nicht notwendig; denn Sie kennen das Konzept. Für uns ist das Thema Ganztage ein wirklich zentraler Bereich der Bildungspolitik. Wir werden hier unserer Verantwortung gerecht. Ich schlage vor, dass sich der Bildungsausschuss nach Durchführung des Gipfels berichten lässt, wie das Konzept aussieht und welche Ergebnisse zu erwarten sind. Das ist mein Vorschlag angesichts der fortgeschrittenen Zeit. Wir werden mit diesem Konzept einen großen Schritt nach vorne im Bereich Ganztage tun können.

(Beifall bei der CSU)

Wenn der Wunsch besteht, kann ich die nächsten drei Minuten meiner Redezeit noch ausfüllen. Aber ich glaube, es ist nicht notwendig. 6. November! Also in wenigen Wochen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, kommen Sie bitte noch einmal ans Rednerpult. Herr Kollege Felbinger hat eine Zwischenfrage.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Sie haben von dem großen Fortschritt gesprochen, der hier stattfinden soll. Vielleicht können Sie uns jetzt schon die Maßnahmen kurz nennen, damit wir sehen, was uns erwartet.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich habe jetzt noch zwei Minuten Redezeit, Herr Kollege. Ich schlage Ihnen Folgendes vor. Wir machen zunächst den Verhandlungspartnern, nämlich den kommunalen Spitzenverbänden, ein Angebot, wie es bereits vereinbart ist; dann kann der Bildungsausschuss zeitnah den Bericht einfordern, und man kann das Konzept dem Bildungsausschuss in aller notwendigen Breite vorstellen. Dazu kommen gerne der Minister oder ich. Eine Minute 30 Sekunden sind dafür nicht angemessen. Wir sind auch noch dabei, die letzten Feinheiten auszuarbeiten. Ich glaube, das sollten wir abwarten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Güll, Sie haben das Wort.

Martin Güll (SPD): Herr Staatssekretär, ich habe einen Vorschlag. Wie wäre es, wenn Vertreter des Bildungsausschusses beim Gipfel mit dabei wären? Dann würden wir alles hautnah erleben und könnten unsere Sicht der Dinge mit einbringen.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Die Verhandlungspartner sind wie im Jahre 2009 die Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände. Anschließend können wir das hier im Hohen Haus, sowohl im Bildungsausschuss als auch im Parlament parlamentarisch beraten und begleiten. Dabei können wir das Konzept gegebenenfalls ergänzen, und dazu kommen wir auch gerne in den Ausschuss.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt auf Drucksache 17/3116 die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 11, der Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler und anderer und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Konsequenzen aus der NSU-Mordserie" auf der Drucksache 17/2295 ist im Einvernehmen aller Fraktionen von der heutigen Tagesordnung genommen worden.